

Wozu Politische Philosophie?

David P. Schweikard
Europa-Universität Flensburg

65. Forum *Politik und Wirtschaft*
NORDAKADEMIE, Elmshorn, 4. Juni 2024

Überblick

1. Politik und Politische Philosophie
2. Was ist Ihre Politische Philosophie?
3. Erkenntnisinteressen und Methoden - Ein Zugang
4. Zur Praxis Politischer Philosophie
5. Streitpunkt Grundeinkommen
6. Streitpunkt Offene Grenzen
7. Wozu (also) Politische Philosophie?

1. Politik und Politische Philosophie

- Drei Anekdoten: Thatcher & Quinton, Blair & Berlin, Zapatero & Pettit
- Im Allgemeinen scheinen politische Positionen, hält man sich an Rhetorik und Programme, zu konvergieren: Wer ist schon gegen Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit? Wer tritt nicht für das Gemeinwohl ein?
- Hinter solchen Idealen verbergen sich jedoch weitreichende bzw. tiefgreifende Kontroversen. Denn was ist mit Freiheit oder Gerechtigkeit gemeint? Um welchen Preis soll Sicherheit erreicht oder das Gemeinwohl gefördert werden?
- Politische Philosophie kann bei der Interpretation von Idealen und Prinzipien zu größerer Klarheit verhelfen - insbesondere in einer Zeit, in der politische Diskurse komplexer werden und "Positionsbündel" aus der Mode sind.

2. Was ist Ihre Politische Philosophie?

Welche Haltung nehmen Sie zu den folgenden Aussagen ein?

○	○	○	○	○
Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Neutral	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu

- I. Die Gesetze des Landes, in dem ich lebe, sind überwiegend gerecht.
- II. Was gerecht ist, variiert nicht von Kultur zu Kultur oder mit der Zeit.
- III. Der Umstand, dass Reiche so viel mehr haben als Arme, ist ungerecht.
- IV. Wohlstandsungleichheit ist ungerecht, egal wie sie zustande gekommen ist.
- V. Jede:r sollte ein garantiertes, zur Deckung von Grundbedürfnissen hinreichendes Grundeinkommen vom Staat erhalten.
- VI. Demokratische Verfahren sind anderen Verfahren zur Entscheidungsfindung überlegen.
- VII. Bürger:innen haben eine moralische Pflicht, sich mittels Stimmangabe an demokratischen Wahlen zu beteiligen.
- VIII. Staaten sollten grundsätzlich offene Grenzen haben.

3. Erkenntnisinteressen und Methoden - Ein Zugang

- Bloße Haltungen zu den genannten und vielen weiteren Fragen allein machen jedoch noch keine Politische Philosophie aus. Interessant wird es, wenn wir politische Überzeugungen auf ihre Gründe hin untersuchen und sie als Antworten auf möglichst generelle Fragen prüfen.
- Wann ist eine Gesellschaft gerecht? Unter welchen Bedingungen sind ihre Mitglieder frei? Wie sollten Güter verteilt werden? Was macht politische Autorität legitim? Wie sollten kollektive Entscheidungen gefällt werden? Welche Ziele sollten politische Maßnahmen verfolgen? Wie sollten Werte wie Freiheit, Gleichheit, Wohlstand und Sicherheit abgewogen werden? Welche Pflichten haben Bürger:innen? Wie ist mit autoritären Regimes umzugehen? Kann Krieg jemals gerecht (oder gerechtfertigt) sein?

3. Erkenntnisinteressen und Methoden - Ein Zugang

- Die Politische Philosophie untersucht Fragen dieser generellen Art und erörtert ihre begrifflichen, normativen und evaluativen Dimensionen.
- Als Kerndisziplin der Philosophie hat sie eine lange Geschichte, die sie selbst zum Gegenstand macht. Ideen- und Begriffsgeschichte ist aber nie ganz von systematischen Erkenntnisinteressen gelöst.
- Insbesondere wenn wir in der Politischen Philosophie systematische Erkenntnisinteressen verfolgen, hat unser Vorgehen Überschneidungen mit anderen Disziplinen, etwa: Politikwissenschaft, Moralphilosophie, Rechtstheorie, Normativer Ökonomik und Sozialontologie.

3. Erkenntnisinteressen und Methoden - Ein Zugang

- Zum Kerngeschäft der Politischen Philosophie:
 - Begriffsanalyse: Begriffe haben Verwendungskontexte, sind definierbar und haben einen Anwendungsbereich; und sie sind von Konzeptionen zu unterscheiden
 - Formulierung von Prinzipien, die (evaluative) Verhältnisse in allgemeiner Form beschreiben (“immer wenn X der Fall ist, ist Y der Fall”, “damit X der Fall ist, muss Y der Fall sein”)
 - Aufstellung von Theorien: Eine Theorie formuliert Prinzipien, legt ihre Voraussetzungen und Implikationen dar.
 - Prinzipien und Theorien werden hinsichtlich interner und externer Kriterien geprüft.

4. Zur Praxis Politischer Philosophie

- In der Praxis (oder: in angewandter Perspektive) bemühen sich Politische Philosoph:innen um die Formulierung und Bewertung von Argumenten, die staatliches Handeln (mittels Gesetzen und Institutionen) betreffen.
- Dies setzt dabei an, dass es hinsichtlich vieler politischer Themen und dem zugehörigen staatlichen Handeln vielfältige Meinungsverschiedenheiten gibt. Doch worauf beziehen sie sich?
- Nehmen wir beispielsweise die Position, der zufolge der Staat unabhängig von Bedingungen und Auflagen keine Sozialleistungen wie etwa Arbeitslosengeld zahlen sollte. - Ob wir diese Position teilen oder nicht, es sollte uns interessieren, welche Begründung dafür angegeben wird.

4. Zur Praxis Politischer Philosophie

- Angenommen die Begründung lautet wie folgt:

(Behauptung) Wenn Sozialleistungen unabhängig von Bedingungen und Auflagen gezahlt werden, vermeiden mehr Individuen Erwerbsarbeit oder lehnen sie ab.

(Folgerung) Der Staat sollte unabhängig von Bedingungen und Auflagen keine Sozialleistungen zahlen.

- Überzeugt diese Folgerung?
- Nein, denn aus einem empirischen Zusammenhang ist keine normative Forderung abzuleiten.

4. Zur Praxis Politischer Philosophie

- (Normative Behauptung)** Der Staat sollte keine Maßnahmen ergreifen, die mehr Individuen dazu bringen, Erwerbsarbeit zu vermeiden oder abzulehnen.
- (Empirische Behauptung)** Wenn Sozialleistungen unabhängig von Bedingungen und Auflagen gezahlt werden, vermeiden mehr Individuen Erwerbsarbeit oder lehnen sie ab.
- (Folgerung)** Der Staat sollte unabhängig von Bedingungen und Auflagen keine Sozialleistungen zahlen.
- Diese Folgerung ist logisch gültig und es liegt kein Sein-Sollen-Fehlschluss vor.
 - Doch heißt dies noch lange nicht, dass wir dem Argument zustimmen müssen. Die empirische Behauptung könnte falsch sein und auch zur normativen Behauptung sind Alternativen denkbar.

5. Streitpunkt Grundeinkommen

- Wir werfen nun ein Schlaglicht auf eine politische wie politisch-philosophische Kontroverse um eine sozialstaatliche Innovation.
- In Debatten über **distributive Gerechtigkeit** geht es um die gerechte Verteilung von Gütern und Ressourcen innerhalb einer Gesellschaft.
 - Vielerorts ist die Höhe gezahlter Sozialleistungen, z.B. Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, an zwei Bedingungen geknüpft:
 - i.** Bedürftigkeit,
 - ii.** Selbstversorgungswille.
 - Demgegenüber wird vorgeschlagen, allen ein allgemeines und bedingungsloses Grundeinkommen zu zahlen.

5. Streitpunkt Grundeinkommen

- Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen werden drei Effekte in Verbindung gebracht:
 - a. der Einkommenseffekt,
 - b. der Effekt der Ausstiegsoption, und
 - c. der Effekt der Arbeitslosigkeitsfalle.
- Eine argumentative Ressource für die Rechtfertigung der Einführung eines Grundeinkommens wird in **John Rawls'** Gerechtigkeitstheorie gesehen. Darin wird gefordert, Güterverteilungen zum größtmöglichen Vorteil der Schlechtestgestellten einzurichten.
- Eine weitere Ressource bietet **Elizabeth Anderson's** Analyse demokratischer Gleichheit, in welcher die Vermeidung von Ausbeutung und Beherrschung als zentral für die Garantie hinreichender Güterversorgung herausgestellt wird.

5. Streitpunkt Grundeinkommen

- (**Normative Behauptung**) Der Staat sollte die Lebensumstände der Schlechtestgestellten verbessern und darauf hinarbeiten, dass niemand unter Unterdrückung leidet.
- (**Empirische Behauptung**) Über den Einkommenseffekt und den Effekt der Ausstiegsoption verbessert ein bedingungsloses Grundeinkommen die Lebensumstände der Schlechtestgestellten und trägt dazu bei, dass niemand unter Unterdrückung leidet.
- (**Folgerung**) Der Staat sollte ein bedingungsloses Grundeinkommen zahlen.

Anschlussfragen:

- Sollte ein Grundeinkommen doch an Beitragsbereitschaft geknüpft sein?
- Ist Umverteilung mittels Besteuerung zu rechtfertigen?

6. Streitpunkt Offene Grenzen

- Das Thema Migration (hier nicht: Flucht vor Krieg oder Verfolgung) ist besonders strittig, da es zugleich das individuelle Recht auf Bewegungsfreiheit und die Frage betrifft, wer Anspruch auf Mitgliedschaft in einer politischen Gemeinschaft erheben kann.
- Während die einen betonen, Bewegungsfreiheit und das Recht, politischen Gemeinschaften beizutreten, seien zu fördern, verweisen andere auf das Recht politischer Gemeinschaften, Zugehörigkeit zu begrenzen.
- Bewegungsfreiheit ist mit der Realisierung bedeutsamer Güter verknüpft: Bildung und wirtschaftliche Perspektiven, Vereinigungsfreiheit, politische und kulturelle Anliegen.
- Erstreckt sich dies auf Migration über Staatsgrenzen?

6. Streitpunkt Offene Grenzen

- (Normative Behauptung)** Der Staat sollte die Bewegungsfreiheit von Individuen schützen.
- (Empirische Behauptung)** Während offene Grenzen die Bewegungsfreiheit von Individuen schützt, tun dies Migrationsbeschränkungen nicht.
- (Folgerung)** Der Staat sollte offene Grenzen haben.
- Dieses Argument ist nicht absolut. Denn es mag sein, dass andere normative Gesichtspunkte dafür sprechen, Bewegungsfreiheit einzuschränken. Doch ist die Stoßrichtung hier, dass ein Staat offene Grenzen haben sollte, es sei denn es gibt gewichtige Einwände.
 - Ein solcher Einwand verweist darauf, dass Bewegungsfreiheit nicht zu den Grundfreiheiten gehört.

6. Streitpunkt Offene Grenzen

- Ein weiterer Einwand verweist auf den so genannten Brain-Drain.
- Dieser Einwand zielt speziell auf die Beschränkung von Auswanderung und legt nahe, dass Einwanderung zuzulassen gravierende gesellschaftliche Probleme andernorts verschärft.

(Normative Behauptung) Der Staat sollte Maßnahmen zur Reduzierung der Weltarmut ergreifen.

(Empirische Behauptung) Wenn die Grenzen wohlhabender Staaten für hochqualifizierte Migrierende offen sind, verschlimmert dies Weltarmut.

(Folgerung) Ein wohlhabender Staat sollte seine Grenzen für hochqualifizierte Migrierende schließen.

6. Streitpunkt Offene Grenzen

- Gegen Einwanderung wird vorgebracht, sie habe schädliche Auswirkungen auf die Sicherheit, Wirtschaft und Kultur eines Staates.

(Normative Behauptung) Der Staat darf die Bewegungsfreiheit von Individuen einschränken, um die Sicherheit, Wirtschaft und Kultur seiner politischen Gemeinschaft zu schützen.

(Empirische Behauptung) Offene Grenzen sind schädlicher für Sicherheit, Wirtschaft und Kultur als geschlossene Grenzen.

(Folgerung) Der Staat sollte geschlossene Grenzen haben.

- Sind die Kosten der Schließung von Grenzen im Lichte des Beitrags zur Sicherheit verhältnismäßig? Stimmt es, dass Einwanderung für aufnehmende Staaten wirtschaftliche Belastungen darstellt? Stellt Einwanderung *per se* eine Gefahr für die politische Kultur eines Staates dar?

7. Wozu (also) Politische Philosophie?

- Viele politische Fragen, dazu zählen die hier angesprochenen, sind unausweichlich und zugleich ungemein komplex - wir müssen uns ihnen stellen und haben Grund, einfachen Antworten gegenüber skeptisch zu sein.
- Politische Philosophie kann dazu beitragen, die richtigen Fragen zu stellen, diese Fragen gründlich zu untersuchen und insbesondere Vorschläge zu ihrer Beantwortung zu prüfen.
- Die Erwägung und Prüfung von Argumentationen mag uns bloß theoretisch interessieren oder wir könnten dies nutzen, um jeweils unseren eigenen Vorteil zu suchen, es kann uns aber auch Orientierung bieten für die Gestaltung der Verhältnisse in denen wir gemeinsam leben.

Bibliographie

- Anderson, Elizabeth (1999): "What's the Point of Equality?" *Ethics* 109/2: 287-337.
- Carens, Joseph (2013): *The Ethics of Immigration*, Oxford: Oxford University Press.
- Mari, José Luis/Pettit, Philip (2010): *A Political Philosophy in Public Life: Civic Republicanism in Zapatero's Spain*, Princeton: Princeton University Press.
- Miller, David (2016): *Strangers in Our Midst: The Political Philosophy of Immigration*, Cambridge/MA: Harvard University Press.
- Rawls, John (1999): *A Theory of Justice. Revised Edition*, Cambridge/MA: Harvard University Press.
- Van Parijs, Philippe/Vanderborght, Yannick (2017): *Basic Income: A Radical Proposal for a Free Society and Sane Economy*, Cambridge/MA: Harvard University Press.
- Widerquist, Karl (2024): *Universal Basic Income*, Cambridge/MA: The MIT Press.

Wozu Politische Philosophie?

David P. Schweikard
Europa-Universität Flensburg

65. Forum *Politik und Wirtschaft*
NORDAKADEMIE, Elmshorn, 4. Juni 2024